

## Meldungen über eine Revision der deutsch-czechischen Grenzbestimmungen.

Von maßgebender deutschböhmischer Seite.

Wien, 25. Juni.

In den letzten Tagen sind in den politischen Kreisen Prags in mehr oder weniger bestimmter Form Meldungen verbreitet worden, die von einer möglichen Revision der deutsch-czechischen Grenzbestimmungen wissen wollen. Danach sollen die deutschen Randgebiete, vornehmlich das Egerland, dann die Bezirke Freiwaldau und Gräfenberg und das Gebiet von Reichenberg mit Friedland, dem Deutschen Reich zufallen. Ähnliche Meldungen haben auch in die deutschböhmischen industriellen Kreise Eingang gefunden und sind dort lebhaft erörtert und kommentiert worden. Heute berichtet nun der Prager Korrespondent des „Amsterdamer „Allgemeen Handelsblad““ seinem Blatte von angeblich „gut unterrichteter politischer Seite“ Einzelheiten über diese möglichen Grenzverschiebungen und fügt bei, daß eventuell die Gegend von Nikolsburg, also ein Teil Südmährens, gleichsam als Entschädigung für das Gebiet von Smünd, das der czecho-slowakischen Republik verbleiben soll, an Deutschösterreich fallen würde.

Wie weit diese Meldungen richtig sind, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis. Daß sie in Prag heute überhaupt erörtert werden und Glauben finden, ist für gewisse Stimmungsänderungen bezeichnend, die sich in den czechischen politischen Kreisen immer deutlicher fühlbar machen. Das Ergebnis der Gemeindevahlen — sowohl im rein deutschen als auch im czechischen Sprachgebiete — mag die Erkenntnis verstärkt haben, daß eine rein nationalistisch-imperialistische Politik in der Czecho-Slowakei keinen für die inneren Verhältnisse der Republik wünschenswerten Zustand schaffen könne. Man weiß heute auch in Prag, daß in der deutschböhmischen und sudetenländischen Frage weder in dem Friedensvertrage von Versailles noch in den Bestimmungen des Vertragsentwurfes von Saint-Germain das letzte Wort gefallen ist. Aber die deutschböhmische Frage wird auch nicht gelöst werden durch eine Zerstückelung des geschlossenen deutschen Sprachgebietes in Böhmen, Mähren und Schlesien, und nicht dadurch, daß man das deutsche Element, das gegen alle nationalen und wirtschaftlichen Grundsätze dem czecho-slowakischen Staate eingeordnet werden soll, durch künstliche Abschnürungen zu vermindern und zu schwächen sucht. Eine solche Lösung würde bei den Deutschen in Böhmen und im Sudetenland, die ihre sprachliche Einheit unzerstört im Rahmen ihres großen deutschen Vaterlandes aufrechterhalten sehen wollen, den gleichen entschiedenen Widerstand finden, wie die jetzigen Entscheidungen über ihr Schicksal innerhalb der „historischen Grenzen der böhmischen Länder“.

## Meldung über die Zuweisung deutscher Randgebiete von Böhmen und Mähren an Deutschland.

Amsterdam, 25. Juni.

Der Prager Korrespondent des „Allgemeen Handelsblad“ erfährt von gutunterrichteter politischer Seite, daß die Grenzen zwischen Deutschland und der Czecho-Slowakei noch nicht endgültig festgesetzt seien. Man könne aber bestimmt darauf rechnen, daß die reindeutschen Randgebiete von Böhmen und Mähren, namentlich die Gebiete von Freiwaldau und Gräfenberg sowie das Gebiet nördlich von Reichenberg mit Friedland und das Egerland zu Deutschland kommen werden. Ob noch andere Gebiete Böhmens Deutschland zugewiesen werden, sei noch nicht bekannt.

Die czechischen Sozialdemokraten stünden auf dem Standpunkt, daß eine ruhige Entwicklung der czechischen Republik ein gutes Einvernehmen mit Deutschland erfordere und daß es im Interesse des jungen Staates sei, Gebiete mit überwiegend deutscher Bevölkerung, soweit die wirtschaftlichen Interessen es zulassen, abzutreten. Diese Lösung werde die strittigen Fragen sehr erleichtern. Diese Entwicklung sei das Ergebnis eines heftigen innerpolitischen Kampfes der gemäßigten Elemente, welche das Auftreten der czechischen Imperialisten als eine Gefahr für Europa betrachteten.

## Mögliche Angliederung der Nikolsburger Gegend an Deutschösterreich.

Nach den Beschlüssen der Pariser Konferenz erhalte die Czecho-Slowakei von Deutschland nur einen schmalen Gebietsstreifen südlich von Ratibor bis an die böhmische Grenze. Deutschösterreich werde eventuell als Entschädigung für das Gebiet um Smünd die Gegend von Nikolsburg erhalten.

## Die Abgrenzung in Kärnten.

Wien, 25. Juni.

Das Laibacher Blatt „Jugoslavija“ erklärt, daß Südslawien den größten und schönsten Teil des Villacher Bezirkes sowie das Gailtal mit insgesamt 50.000 nationalbewußten Slowenen verlieren würde, wenn die im Friedensentwurf von Saint-Germain vorgezeichnete Grenze angenommen würde. Demgegenüber wird festgestellt, daß das ganze fragliche Gebiet westlich der genannten Grenze mit Einschluß der reindeutschen Städte Villach und Tarvis, der fast reindeutschen Ortschaften Malborgeth, Raibl, Pontafel u. a. und der zahlreichen gemischtsprachigen Ortschaften mit deutscher Mehrheit überhaupt nur 44.000 Einwohner zählt, darunter nur 14.000 Slowenen. In dem Gebiete zwischen der geplanten Grenze und den Karawanken, das die „Jugoslavija“ anscheinend, doch mit Unrecht schon als jugoslawisch betrachtet, wohnen 74.000 Deutsche gegenüber 66.000 Slowenen. Diese Grenze ist also schon aus nationalen Gründen absolut unannehmbar, ganz abgesehen von geographischen, wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Gründen, die auch gegen jede andere, das Klagenfurter Becken durchschneidende und teilende Grenze sprechen. Nur eine unter objektiver Leitung stattfindende Volksabstimmung kann hier die richtige Entscheidung treffen.